

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Taubner Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Taubner Straße 19/21 — Telefon 4596

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellselle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die geheime hochverräterische Mörderorganisation.

Karlsruhe, 23. September. Staatspräsident Trunk machte heute im Landtage Mitteilungen über eine große Geheimorganisation im Reiche, der auch die beiden Mörder Eraberger angehören. Ihre Statuten belagen folgendes: Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage:

**Geistige Ziele:** Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens, Bekämpfung aller antinationalen und internationalen Richtungen, Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien, Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung in Wort und Schrift, Aufklärung weiter Kreise über die Verfassung, Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage.

**Materielle Ziele:** Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zwecke, die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern, bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse auszuschließen, die durch den Versailler Vertrag angeordnete Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem deutschen Volke die Wehrmacht soweit wie möglich zu erhalten.

Den Zweck der Organisation charakterisiert das Statut wie folgt: Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder, untereinander ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitestgehenden Hilfe der anderen Mitglieder sicher sein kann. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein, geschlossen eine starke Einheit zu bilden, wenn die Not und Ehre des deutschen Vaterlandes und die Errettung unsrer Ziele es erfordert. Jedes Mitglied verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organen. (Große Bewegung.) Weiter heißt es: Juden, überhaupt jeder fremdrassige Mann ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch den Tod, b) durch Ausscheiden infolge unehrenhafter Handlungen, c) durch Ungehorsam gegen die Vorschriften und d) durch freiwilligen Austritt. Alle Leute unter b) und c) und alle Verräter verfallen der Feme. (Hört, hört!) Die Beitrittsformel lautet: „Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung bin, ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich den Satzungen zu unterwerfen und danach zu handeln. Ich gelobe, dem obersten Leiter der Organisation und den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, über alle Angelegenheiten der Organisation strengstes Stillschweigen zu bewahren, auch nach meinem Austritt.“

Staatspräsident Trunk sagte weiter: Einer Abteilung dieser Geheimorganisation gehören Schulz und Tiffessen, ebenso Killinger und Müller an. Diese beiden sitzen in badischer Untersuchungshaft wegen Verstoßes gegen § 139 des Reichsstrafgesetzbuches (Begünstigung). Killinger ist derjenige, der den Mörder Schulz, der am 9. September nach München gekommen war, am Abend samt Gepäck in der Wohnung abgeholt und weggebracht hatte.

Mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ist dann im Verlauf der Aussprache ein Antrag angenommen worden, worin der Regierung das volle Vertrauen für ihre Maßnahmen, die zur Aufdeckung der geheimen Organisation geführt haben, ausgesprochen wird.

### Ein Waffenlager der Reaktion ausgehoben.

Berlin, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) In der Nacht vom 21. zum 22. September wurde in Pöbne bei einem Landwirt ein geheimes Waffenlager ausgehoben. Der Vorwärtler bringt genaue Mitteilungen über die Art und Menge der Waffen. An dem Transport der Waffen soll der Schulz und Trunk in hohem Maße beteiligt sein. Der Vorwärtler bringt weiter Einzelheiten über die Auffindung der Waffen und fordert schärflich kräftiges Zugreifen der Regierung. Nur so sei die Empörung der Arbeiterschaft in Hamm und Soest, die bis zur Siebeshöhe gestiegen ist, zurückzuführen.

### Die Presse zum Regierungswechsel in Bayern

München, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Die Münchner Presse urteilt über den Regierungswechsel abwartend und zurückhaltend. Die deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung schreibt: „Alles in allem bleibt es dabei, daß durch den Sturz des Kabinetts Rath und die Sprengung der alten Koalition nicht nur die Reichsregierung einen diplomatischen Sieg errungen hat, damit wurden auch die unitaristischen Kräfte im eigenen Lande gestärkt. Nach wie vor sind zwar die Demokraten im Kabinett nur durch einen Minister vertreten, aber dieser eine Posten hat durch das Ausschneiden der Rechtsparteien ein größeres Gewicht als zuvor erhalten.“ Im übrigen wollen die

Deutschnationalen erst abwarten, welche politischen Taten der Ministerpräsident vollbringt. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wir sind der Überzeugung, daß alle die, denen Ruhe und Ordnung in Bayern und Deutschland wie die Wiederaufrichtung starker, lebensvoller Länder im Rahmen eines kraftvollen Reiches Herzenssache ist, mit uns einig gehen, dem neuen Mann nicht von vornherein absehend gegenüber zu treten, sondern im Interesse des Landes seine Regierung zunächst loyal zu unterstützen.“ Die rechtssozialistische Münchner Post sagt: „Biel ist schon dadurch gewonnen, daß die deutschnationalen Volkserheber mit ihrer selbstsüchtigen, eigennütigen, in erster Linie gegen die um ihr Dasein ringende Arbeiterschaft gerichteten Politik in den Hintergrund gedrängt sind. Die Sozialdemokraten werden ihre Forderungen stellen und die Taten des Grafen Lerchenfeld abwarten. Von ihnen wird eine rein sachliche Einstellung ihrer Haltung gegenüber dem Ministerpräsidenten abhängen.“

### Verlegung des Heberwachungsausschusses.

Berlin, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Mit Rücksicht darauf, daß die zwischen der Reichsregierung und dem in Berlin eingetroffenen Grafen Lerchenfeld stattfindenden Besprechungen im Laufe des heutigen Tages wohl kaum zu einem endgültigen Abschluß kommen werden, ist die für heute anberaumte Sitzung des Heberwachungsausschusses abgesetzt worden.

### Abgelehnter Sozialisierungsantrag.

Berlin, 24. September. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Ein Antrag der USPD. auf Sozialisierung des Kalibergbaues wurde im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gestern mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

### Westungarn als Aufmarschgebiet der Karlisten.

Die ungarische Korrespondenz berichtet aus Budapest: Stephan Friedrich hat in der Hauptstadt und im ganzen Lande die Organisationen der „Hundertkometen“ wieder ins Leben gerufen, die bereits einmal nach dem Sturze des kommunistischen Regimes eine wichtige Rolle als Träger der Gegenrevolution gespielt haben. Diesmal haben die Komitees es sich nach Ausschaltung aller unzuverlässigen Elemente zur Aufgabe gesetzt, den Exkönig Karl zurückzubringen, Hortly abzusetzen und die Integrität des Landes wiederherzustellen. Das Hauptkomitee hat bereits am 13. September in Budapest eine Sitzung abgehalten, in der die zu ergreifenden Schritte beraten wurden. Eine hochgestellte politische Persönlichkeit, die später aus dem Komitee wegen Unzuverlässigkeit ausgeschlossen wurde, veröffentlichte den in dieser Sitzung beschlossenen Plan, woraus hervorgeht, daß außer Friedrich und seiner ganzen Parteigruppe der Oberst Vihar ein großer Teil der christlich-nationalen Partei, viele Generale und ein Teil der Opposition an dem Komplott beteiligt sind. Drei antihabsburgische Abgeordnete sollen aus dem Wege geräumt werden. Westungarn ist als Ausgangspunkt der Aktion in Aussicht genommen. Die teilweise Mobilisierungen im Lande erklären sich dadurch, daß die Anhänger Friedrichs in einigen Teilen die Macht in den Händen haben, so z. B. im Gebiete von Kocsmet und im Gebiete zwischen Donau und Theiß. Hier finden regelrechte militärische Aushebungen statt. Täglich gehen beträchtliche Scharen Bewaffneter nach Westungarn, die die dortigen Banden verstärken. Es ist in den letzten Tagen eine straffere militärische Organisation dieser Banden zu bemerken.

### Das Ultimatum der Alliierten.

London, 22. September. Ein Telegramm der Daily News aus Rom besagt: Die im Ultimatum der Alliierten an Ungarn gestellte Forderung für die Räumung des Burgenlandes beträgt zehn Tage. Die ev. notwendigen Strafmaßnahmen beginnen mit der Unterbrechung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverbindungen. Bevor militärische Maßnahmen ergriffen werden, wird eine vollständige wirtschaftliche Blockade ins Auge gefaßt. Wenn jedoch Ungarn nachgibt, so erwägen die Alliierten, ob es rätlich ist, die finanziellen Ansprüche Ungarns gegen Oesterreich zu prüfen.

### Ein ungarischer Vermittlungsvorschlag.

Wien, 24. September. (Tl.) Im Ausschuss des Reichstages des österreichischen Nationalrats berichtete Bundeskanzler Dr. Schober über seine Auseinandersetzungen mit Dr. Benesch. Der tschechische Minister des Aeußern hat namentlich einen Verständigungsvorschlag Ungarns vorgelegt. Der Vorschlag geht davon aus, daß Ungarn das Burgenland räumt und an Oesterreich überläßt, während Oesterreich sich unter Garantie des tschechischen Ministers des Aeußern verpflichtet, Odenburg und Umgebung wieder an Ungarn zurückzugeben. — Die Haltung der Parteien zu diesem Vorschlag ist nicht einheitlich. Während die Sozialdemokraten eine Volksabstimmung im Odenburger Gebiet verlangen, stehen die Großdeutschen auf dem Standpunkt, daß der Vorschlag abzulehnen sei.

### Der geplante Steuerraubzug.

II.

### 85 Milliarden neuer Steuern — keine Deckung des Defizits.

Angehts einer derartigen Finanzpolitik und einer Wirtschaftspolitik, wie wir sie gekennzeichnet haben, ist es nicht verwunderlich, daß die Finanzen des Reiches immer mehr zerrüttet wurden. Die Fehlbeträge im Reichshaushalt wurden immer größer, immer mehr erschwand die Möglichkeit, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, und jetzt besteht trotz der geplanten beispiellosen Belastung des Volkes mit neuen Steuern keine Aussicht, die von Monat zu Monat größer werdenden Lächer im Reichshaushalt zuzuführen zu können.

„Es war eine seltsame Zeit“, möchte man sagen, wenn man die Ausgaben des Reiches in den Jahren vor dem Kriege mit denen in der Nachkriegszeit gegenüberstellt. Der letzte Friedensetat wies Gesamtausgaben von etwa 3 1/2 Milliarden Goldmark auf. Nach dem jetzigen Stand der Papiermark berechnet, würden das einige 60 Milliarden Mark sein. Jetzt aber hat das verarmte deutsche Volk Verpflichtungen zu erfüllen, die wenigstens das Dreifache erfordern. Der ordentliche Etat für 1921 erfordert 48,5 Milliarden, der außerordentliche Etat 59,4 Milliarden Mark. Dazu gesellt sich nun der neue Etat der Kontributionen, der im laufenden Jahre mit etwa 3,3 Milliarden Goldmark belastet wird. Nach dem jetzigen Stand der Mark sind das wenigstens 70 Milliarden Papiermark. Schließlich wird der ordentliche Etat durch die neue Teuerungswelle (durch erhöhte Ausgaben für Beamtengehälter, Arbeiterlöhne usw.) mit schätzungsweise weiteren 12 Milliarden belastet, so daß rund 190 Milliarden Mark aufzubringen wären. Rund 54 Milliarden Mark Defizit weisen der ordentliche und außerordentliche Etat jetzt auf. Gegen 80 Milliarden betragen die neuen Belastungen im Kontributions-Etat und die erwähnten neuen Ausgaben infolge der Teuerung. Wenn also die geplanten neuen Steuern, wie der optimistische Reichsfinanzminister berechnet, 80 bis 85 Milliarden einbringen würden, so würde trotz alledem das in den Etats bereits vorhandene Defizit von mehr als 50 Milliarden unvermindert fortbestehen.

### Die geplanten Verbrauchssteuern.

Diese wenigen Zahlen beleuchten das Finanzelend Deutschlands. Sie zeigen, daß an eine Gesundung des todkranken Körpers nicht gedacht werden kann, wenn man der Krankheit mit den Heilmitteln zu Leibe gehen will, die die Reichsregierung in Bereitschaft hat. Wie schlecht diese Mittel sind, zeigt sich aber erst, wenn man sie einer näheren Prüfung unterzieht. Genau so wie bisher, soll auch in Zukunft der größte Teil der Reichsausgaben durch indirekte Steuern und Verbrauchsaufgaben, die zum allergrößten Teil von den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung getragen werden müssen, aufgebracht werden.

Fertige Geschenktwürfe sind dem Reichstag bereits zugegangen über die Einführung eines Sulfostoffmonopols, über die Neuregelung des Branntweinmonopols und über die Erhöhung der Branntweinabgabe von 800 Mark auf 4000 Mark pro Hektoliter, also eine Steigerung um das Fünffache. Wurden bisher aus dem Branntweinmonopol 0,7 Milliarden herausgewirtschaftet, so sollen in Zukunft 6 Milliarden herausgewirtschaftet werden. Viel bedeutungsvoller und schlimmer ist die geplante steuerliche Belastung des Zuckers, der bisher immer mit vollem Recht als ein wichtiges Volksernährungsmittel bezeichnet worden ist. Die Zuckersteuer betrug bisher 14 Mark für den Doppelzentner. Sie soll nun auf 100 Mark für den Doppelzentner hinaufgeschraubt werden. Nicht weniger als 1 Milliarde soll die Zuckersteuer in Zukunft jährlich einbringen. Jedes Pfund Zucker wird dann mit 50 Pfennigen Steuer belastet sein. Das bedeutet selbst bei der bisherigen ganz ungenügenden Zuteilung von Zucker bei einer vierköpfigen Familie eine Steuerbelastung allein für Zucker mit 36 Mark im Jahre. Jedes Kilogramm Zucker, das nach der Freigabe des Zuckers mehr verbraucht wird, erhöht diese Steuerleistung um eine Mark. Zusammen mit der nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft zu erwartenden Preissteigerung des Zuckers wird die Erhöhung der Steuer dazu führen, daß der Zucker für die breiten Massen des Volkes zu einem Luxusartikel werden wird.

Ein besonderer Geschenktwurf faßt die Erhöhung mehrerer Verbrauchssteuern zusammen. Er umfaßt die Entwürfe über die Erhöhung der Leuchtmittelesteuer, der Zündwarensteuer, der Biersteuer, der Mineralwassersteuer und der Tabaksteuer. Durch die Leuchtmittelesteuer werden die Glühlampen, Brennlampen, Gasglühkörper usw. besteuert. Die vorgesehenen Steuerätze betragen nach der Vorlage für Kohlenleuchtlampen je nach der Leuchtkraft 20 Pfennige bis 2 Mark, für die Metallröhren- und andre Glühlampen 40 Pfennige bis 4 Mark, Glühlampen für